

Marmor fürs Auge

Der Bundesrechnungshof wirft der Post vor, in ihrer Ingenieur-Akademie Dieburg eine Aula errichtet zu haben, die den Eindruck „eines modernen Schauspielhauses“ erweckt. Baukosten der Luxushalle: 5,6 Millionen.

Der Bonner Post-Staatssekretär a. D. Hans Steinmetz gab sich entrüstet: „Als ich vor einigen Monaten die Aula sah, habe ich unter Zeugen erklärt, daß das Ding zu aufwendig ist.“ Und der Pensionär war „nicht überrascht, daß der Bundesrechnungshof das moniert“.

Überraschung wäre bei CDU-Mitglied Steinmetz freilich auch fehl am Platz gewesen. Denn in die Bonner Amtszeit des Dieburger Ehrenbürgers

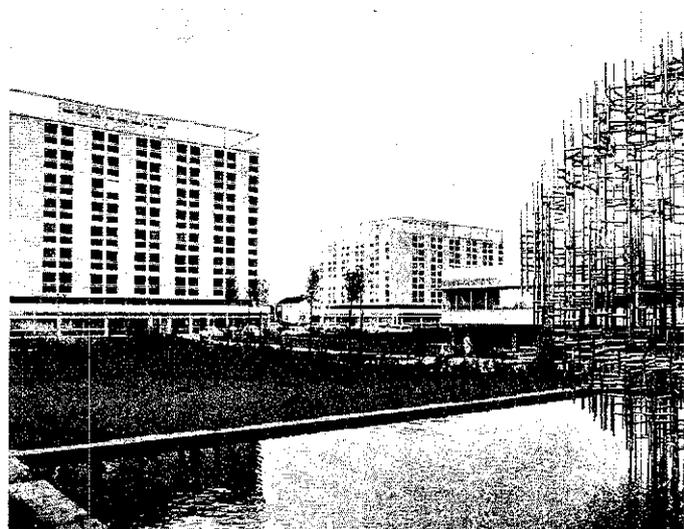
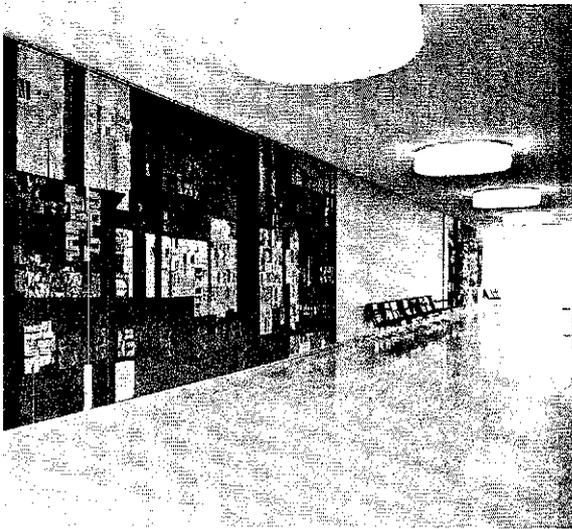
delgänge und der Treppen sind für rund 220 000 Mark mit italienischem Marmor belegt. Zur Beleuchtung der Eingangshalle und der Wandelgänge dienen Lüster aus Muranoglas zum Anschaffungspreis von 100 000 Mark. Sämtliche Wände der Aula mit Ausnahme des Bühnenraumes sind für etwa 120 000 Mark mit Kirschbaumholz getäfelt.“ Für Polstersessel mit „Perlon-Wirkvelourbezug“ gab der Bund 210 000 Mark aus. Auf die Eingangshalle und die Wandelgänge sind 54 Sessel verteilt. Anschaffungspreis: 21 600 Mark.

Eine Bronzeplastik vor dem Gebäude, ein Putzrelief in der Eingangshalle und zwei Wandteppiche in den Wandelgängen für zusammen 197 000 Mark dekorieren den von dem bekannten Wiesbadener Architekten Professor Herbert Rimpl entworfenen Exklusivbau. Der Leiter der Bauabteilung des Bonner Postministeriums, Friedrich-

und nicht zu weit von Darmstadt, dem Sitz der Post- und Fernmeldetechnischen Zentralämter sowie der Technischen Hochschule.

Dieburgs Mann in Bonn wußte die Lösung: seine Heimatstadt, 17 Kilometer von Darmstadt, 30 Kilometer von Frankfurt entfernt. Sein damaliger Dienstherr, Ex-Postminister Richard Stücklen, erinnert sich: „Da hat Herr Steinmetz ein Grundstücksangebot von Dieburg auf den Tisch gelegt, das von keiner anderen Gemeinde übertroffen wurde.“

Ein solches Angebot war Hans Steinmetz nicht schwergefallen, denn sein Vetter und christdemokratischer Parteifreund Ludwig Steinmetz war schon damals Bürgermeister von Dieburg. Zu günstigem Preis konnte die Bundespost den „größten Teil“ (Bürgermeister Steinmetz) des Areals aus städtischem Besitz erwerben. 1964 wurden die ersten



Postingenieur-Akademie in Bad Dieburg, Post-Staatssekretär a. D. Steinmetz: Grundstück vom Vetter

und Büttnerredners des örtlichen Karnevalvereins fallen Planung und Baubeginn der im Februar dieses Jahres fertiggestellten Luxusaula der posteigenen Ingenieur-Akademie Dieburg.

Auf Weisung des Bundespostministeriums wurde im Juni 1968 mit dem Bau der Superhalle für 1300 zukünftige Postingenieure begonnen. Aus der strapazierten Postkasse (Defizit 1971: 1,6 Milliarden Mark) bewilligte Bonn großzügig 5,6 Millionen Mark für ein Bauwerk, das nach dem Urteil des Frankfurter Bundesrechnungshofes in „Größe, Ausstattung und Einrichtung ... über die an eine Aula zu stellenden Anforderungen weit“ hinausgeht.

Den Frankfurter Kassenprüfern drängte sich vielmehr bei einer Pflichtvisite der „Eindruck eines modernen Schauspielhauses oder Lichtspieltheaters einer Mittelstadt“ auf: Erstaunt schilderten die Revisoren, was sie in der Heimatstadt des Staatssekretärs a. D. Steinmetz gesehen hatten: „Die Böden der Aula, der Eingangshalle, der Wan-

hans Bethmann: „Jeder Architekt will auch was fürs Auge hinstellen.“ Der Dieburger SPD-Landrat Heinrich Klein schwärmt von dem prächtigen Postgemäuer, das gelegentlich sogar benutzt wird: „Das ist keine Hütte. Das ist eine Anlage, wie sie sein soll.“

Diese Vorstellung hatte auch Dieburgs arrivierter Sohn Hans Steinmetz, als er in den frühen sechziger Jahren sich dafür einsetzte, seine Provinz-Heimat zur Akademiestadt aufzubessern. Gelegenheit dazu bot ein postalischer Übelstand: der Fehlbedarf an Ingenieuren. Die dem Staatssekretär unterstellte Personalabteilung beauftragte 1962 den damaligen Postrat und heutigen Abteilungspräsidenten der Oberpostdirektion Nürnberg Karl Mauser, ein Gutachten über das technische Personaldefizit zu verfassen. Ergebnis der Mauser-Untersuchung: 1970 würden fast 5000 Spezialisten fehlen. Lösungsvorschlag: Die Post brauche neben Berlin eine zweite Ingenieur-Akademie, möglichst in der Nähe der Universitätsstadt Frankfurt

Schul- und Verwaltungsräume sowie ein Labor gebaut.

Richard Stücklen meinte zu der damaligen Standortwahl: „Natürlich habe ich gewußt, daß Herr Steinmetz Dieburg durchsetzen wollte.“ Werner Spanehl, Pressesprecher im Postministerium und damals Public-Relations-Referent der Deutschen Postgewerkschaft, erinnert sich noch genau an die Dieburger Vetterwirtschaft: „Bei uns sprach man nur von der Steinmetz-Akademie.“ Und SPD-Bundestagsabgeordneter Helmuth Becker, seinerzeit im Vorstand des Hauptpersonalrats im Postministerium, über das Bauwerk der Cousins Hans und Ludwig: „Im Volksmund hieß es nur Steinmetz-Denkmal, doch beweisen ließ sich nichts.“

Einen Beweis dafür, daß die Planer des provinziellen Monstrums sich schuldhaft verhalten haben, können auch die Herren an der Postspitze, Minister Georg Leber und sein Staatssekretär Kurt Gscheidle, nicht erbringen. In Gesprächen mit dem Bundesrechnungs-

Der 11. Finger
der Schreibfinger von
Montblanc



MONT
BLANC
ballpix

hof gelang es Gscheidle inzwischen, die Prüfer zu besänftigen; sein Ministerialdirektor Bethmann wies alle Oberpostdirektionen an, dafür zu sorgen, daß „unangemessen aufwendige Ausführungen und Ausstattungen von Postdienstgebäuden... grundsätzlich und ausnahmslos ausgeschlossen werden“.

Um den Luxusbau einigermaßen zu rechtfertigen, wird die Dieburger Akademiebühne seit kurzem gegen städtisches Entgelt (Bürgermeister Steinmetz: „Umsonst ist der Tod“) für öffentliche Theateraufführungen wie „Kaktusblüte“ und „Der Kaufmann von Venedig“ genutzt.

BUNDESWEHR

Natur der Sache

Auch langhaarige Schreibstuben-Soldaten sollen künftig Haarnetz tragen. Das Verteidigungsministerium sieht sonst die „Zusammenarbeit mit Verbündeten nicht mehr gewährleistet“.

Christl Baader, 20, Friseurin im Münchner Vorort Lochham, erteilte ihrem Freund, dem Bundeswehrsoldaten Thomas Weicker, 23, einen privaten Kampfauftrag: „Bleib hart, Thomas, laß dich jetzt nicht unterkriegen.“

Der Freiwillige Weicker, Unteroffizier beim Gebirgsfernmelde-Bataillon 8 in Murnau, gehorchte. Er ließ seine Haare lang, lehnte zudem das Begehren seiner militärischen Befehlshaber ab, den Schopf unter einem Netz zu verbergen, und nötigte nun sogar die hohen Richter des Bundesverwaltungsgerichts, sich mit dem Haupt des deutschen Soldaten zu befassen.

Es begann, Ende März, mit einem Befehl von der Hardthöhe: „Das Haarnetz“, so las der Schreibstuben-Mann Weicker, „ist von dem Soldaten, dessen Haare über den oberen Rand des Uni-

form- beziehungsweise Hemdkragens herabfallen, bei jedem Dienst ohne Rücksicht auf die jeweilige Tätigkeit zu tragen. Es ist damit ein Teil des vorgeschriebenen Anzugs.“

Mit diesem Dekret korrigierte das Verteidigungsministerium eine Haarnetz-Order vom Februar, die das Tragen von Haarnetzen nur für Bundeswehr-Soldaten vorschrieb, „deren Funktionsfähigkeit und Sicherheit durch ihre Haarnetz beeinträchtigt wird“ — also etwa für Pioniere oder Panzergrenadiere.

Schreibtisch-Soldat Weicker („Da stehen selbst dem Langhaarigsten die Haare zu Berge“) beschwerte sich wegen der „Modifizierung“ des Befehls, weil nach seiner Ansicht beim Dienst an der Taste lange Haare die Kampfkraft nicht gefährden. Der zuständige Kommandeur leitete die Beschwerde an das Verteidigungsministerium weiter, und das wiederum rief, im Juli, den I. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts zu München an.

„Der Auftrag der Bundeswehr, den Staat jederzeit mit der Waffe zu verteidigen, schließt ein, daß jeder Soldat dazu in der Lage ist“, formulierten Helmut Schmidts Leute in einer fünfseitigen Expertise: „Er muß damit rechnen... jederzeit als Kämpfer für solche Aufträge eingesetzt zu werden, für die von der Natur der Sache her lang herabfallende Haare hinderlich oder gefährlich sind.“

Damit es der Wahrheitsfindung diene, legten die Haarspalter von der Hardthöhe den „Bericht der Kommission für die Fragen der militärischen Erziehung der Schweizerischen Armee“ bei („Der Soldat hat die Haare, die unter dem Mützenrand sichtbar werden, kurz zu schneiden“), verwiesen auf die Vorschrift der US-Armee (zulässige Haarlänge: 7,5 cm) und kombinierten: „Unter diesen Umständen wäre ein reibungsloses Zusammenwirken beider Verbündeter nicht mehr gewährleistet.“



Langhaarige Bundeswehrsoldaten: „Laß dich nicht unterkriegen“